



Landesverteidigungsakademie  
Wien

## KURDISCHE AMBITIONEN ZWISCHEN SELBSTBESTIMMUNG UND GEOPOLITIK

Walter Posch

Der Kampf gegen den Islamischen Staat (IS, ISIL, Da'esh) in Syrien und Irak sowie die Eskalation der Gewalt in der Türkei rückten die Kurden in das Zentrum des internationalen Interesses. In der medialen Öffentlichkeit wird dabei meist das Bild einer kurdischen Einheit gezeichnet, die so nicht existiert und in absehbarer Zukunft wohl auch nicht entstehen wird. Dagegen sprechen zunächst die Aufteilung des kurdischen Siedlungsgebietes auf vier Staaten (Türkei, Irak, Iran, Syrien), die sprachlichen bzw. ethnischen Unterschiede bei den Kurden selbst und nicht zuletzt ihre konfessionelle bzw. religiöse Zersplitterung. Für gesamtcurdische Interessen am schädlichsten ist jedoch ihre politische Uneinigkeit, die ideologisch begründet ist.

### Drei Ideologien

Die wichtigsten politischen Organisationen der Kurden lassen sich in den folgenden drei Ideologien verorten: Nationalismus, Marxismus und im Islamismus. Die kurdischen Nationalisten sind im Nordirak am stärksten, wo sie mit der „Region Kurdistan“ ein eigenes Selbstverwaltungsgebiet aufgebaut haben, dessen „Regionalregierung Kurdistan“ (KRG, Kurdistan Regional Government) von den beiden Parteien KDP (Demokratische Partei Kurdistans) und PUK (Patriotische Union Kurdistans) gestellt wird, welche die Stabilisierung des erreichten Status und in weiterer Folge die schrittweise Loslösung von Bagdad betreiben, also ein „Staatsbildungsprojekt“ verfolgen. Dem steht das revolutionäre Modell der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK, jetzt KCK s.u.) gegenüber, die jeglichen Nationalismus ablehnten und der Gründung eines

eigenen kurdischen Nationalstaates kritisch gegenüber steht. Vielmehr soll ein (utopisches) Modell der „demokratischen Autonomie“ verwirklicht werden, mit dem die PKK die sozialen und nationalen Aspirationen aller Kurden im Rahmen einer „Gesellschaftsunion Kurdistans – KCK“ zu erfüllen gedenkt. Die kurdischen Islamisten haben bislang noch kein eigenes politisches Modell vorgestellt, sie sind entweder Teil des von KDP und PUK dominierten Staatsbildungsprojektes im Nordirak, oder spielen als kurdisch-islamistische Partei auf lokaler Ebene in der Südosttürkei eine von Beobachtern in der Regel unterschätzte Rolle. Schließlich kommt Kurden aus der Türkei und dem Irak eine gewisse Bedeutung im IS zu.

### Probleme Kurdischer Politik

Auch ohne ideologische Verwerfungen steht kurdische Politik vor schier unlösbaren Pro-

blemen: die Nationalstaaten unterbanden die politischen und kulturellen Organisationsformen ihrer jeweiligen kurdischen Minderheiten oder schränkten sie empfindlich ein, was in einigen Fällen (Türkei, Irak) bis zum versuchten Genozid ging. Regionalmächte manipulierten und instrumentalisierten kurdische Organisationen, um die Regierungen ihrer Nachbarstaaten zu unterminieren, dasselbe gilt für die Großmächte. Das logische Resultat dieser Erfahrung war die Stärkung militanter Gruppen. Diese ging, erstens, zulasten zivilgesellschaftlicher und rechtsstaatlich orientierter kurdischer Organisationen und Parteien – freilich ohne der betroffenen kurdischen Bevölkerung ein Mehr an Sicherheit und Wohlstand gebracht zu haben. Und führte, zweitens, zu innerkurdischen Bruderkriegen (brakojî). Dabei ist keine Seite unschuldig: Anfang der 1980er Jahre eliminierte die PKK ihre kurdische Konkurrenz in der Türkei, und in den 1990er Jahren zerstörte ein Bürgerkrieg zwischen PUK und KDP beinahe das kurdische Selbstverwaltungsgebiet im Nordirak.

Dennoch gilt bis heute, dass nur jene kurdischen Parteien politisches Gewicht haben, die über eigene Milizen (Guerilla, Peshmerga) verfügen. Selbst der vom Westen initiierte Versuch, die Parteimilizen (Peshmerga) von PUK und KDP in ein kurdisches Militär umzuformen, hat bislang noch wenige Früchte gezeigt. Das ist umso erstaunlicher, als gerade der Aufbau einer kurdischen Streitmacht im eigenen Interesse der Kurden liegen sollte. Unabhängig und in Konkurrenz zu den Peshmerga Milizen unterhält die PKK ihre eigene Guerilla, die vom Irak aus vor allem in der Türkei, in Syrien und im Iran aktiv ist. Organisation und Aktivitäten der Peshmerga und der PKK sind relativ gut bekannt. Große Unklarheit herrscht bei den militanten Islamisten, so weiß man von den in der Türkei aktiven Gruppen nur, dass sie in den letzten Jahren eine neue, bewaffnete Gruppe aufgebaut haben, deren Tradition auf die Hizbullah, eine Organisation, die in den 1990er Jahren aktiv war, zurückgeht.

Bei den militanten kurdischen Islamisten im Irak spielt das Erbe der Terrorgruppe Ansar al-Islam eine Rolle, die Anfang der 2000er Jahre mit Al-Qaida in Verbindung stand. Über die Anzahl und Zugehörigkeit der kurdischen Kämpfer im IS gibt es zurzeit keine seriösen Angaben, unbestätigten Schätzungen zufolge handelt es sich nur um einige hundert Kämpfer.

Auf internationaler Ebene werden bzw. wurden alle wichtigen kurdischen Gruppen auf Terrorlisten geführt. Das traf auch auf jene Gruppen wie die KDP und PUK zu, die mit dem Westen auf nachrichtendienstlicher und in weiterer Folge auch auf politischer Ebene kooperierten. Doch aus Sicht der Großmächte handelte es sich dabei um Realpolitik, aus der sich kein Rechtsanspruch auf einen eigenen Staat ableitet. Selbst die Artikel 62-64 des Vertrags von Sèvres 1920, der in kurdischen Kreisen als gebrochenes Versprechen für einen eigenen Kurdenstaat gelesen wird, waren bestenfalls Absichtserklärungen, die nach der Einigung mit der Türkei im Vertrag von Lausanne 1923 obsolet wurden. Auch die von den Sowjets gestützte kurzlebige Republik von Mahabad 1945 wurde von Moskau rasch übergeordneten strategischen Interessen geopfert. Erst 2003 im Zuge der Irak-Intervention, also nachdem die USA und Großbritannien schon jahrzehntelang mit den irakischen Kurden kooperierten, wurden die Kurden erstmals in einem internationalen Dokument genannt.

Die veränderten strategischen Verhältnisse eröffneten auch der PKK neue Handlungsspielräume. So baute die Organisation spätestens ab 2005 neue Parteien und Milizen in Syrien und im Iran auf und verstärkte ihre Untergrundstruktur in der Türkei mit dem Ziel, die „demokratische Autonomie“ zu verwirklichen. Dieses Ziel wurde von der Führungsriege im Kandilgebirge ungeachtet der Friedensgespräche mit der Türkei beharrlich verfolgt. Umgesetzt wurden diese Vorstellungen jedoch zunächst in Syrien, wo es dem PKK Ableger PYD im Zuge des Bür-

gerkriegs ab 2012 gelang, den Einfluss des Regimes zurückzudrängen.

## **Eskalation**

Die Etablierung einer PKK-dominierten Entität entlang der syrisch-türkischen Grenze alarmierte Ankara, dessen Syrienpolitik zwei Ziele verfolgte: erstens, Assad zu stürzen und Anhänger der syrischen Moslembruderschaft an die Macht zu bringen und zweitens, die Etablierung einer Machtbasis für die PKK in Nordsyrien zu verhindern. Im Lande selbst ließ Präsident Erdoğan mit dem inhaftierten PKK-Führer Öcalan Geheimverhandlungen führen und erwartete von der prokurdischen HDP parlamentarische Unterstützung für die von ihm betriebene Verfassungsänderung, was diese aber verweigerte. Das Scheitern der Verhandlungen fiel zeitgleich mit dem türkischen Wahlkampf von 2015 zusammen und hatte die lange befürchtete Konfrontation zwischen den Untergrundkräften der PKK in den Städten und dem türkischen Sicherheitsapparat zur Folge. Die große politische Verliererin ist dabei die HDP, die nach ihrem Achtungserfolg bei den Wahlen im Juni mit 13,12% im November desselben Jahres nur mehr knapp über die 10% Marke kam. Ihr politischer Handlungsspielraum wird seither sowohl von der PKK als auch von Seiten des Staates stark eingeschränkt. Vom Herbst 2015 bis zum Frühjahr 2016 tobten schwere Kämpfe zwischen türkischen Sicherheitskräften und verschiedenen PKK Milizen in den Städten und auf dem Land mit katastrophalen Folgen für die betroffene Bevölkerung, die zu Tausenden ihre Heimat verließ.

Die Vorzeichen für eine Eskalation in der Türkei zeigten sich schon im Herbst 2014, in der Schlacht um die syrische Kleinstadt Kobane. Der Kampf zwischen der YPG (d.i. die Miliz der PYD) und ihren marxistischen Verbündeten aus der Türkei auf der einen und dem IS auf der anderen Seite politisierte und polarisierte die öffentliche Meinung in der Türkei. Damals hatte die politische

Führung in Ankara noch gehofft, die YPG und andere PKK Einheiten würden sich in Kobane aufreiben. Dass dies nicht geschah, hat vor allem mit Hilfe von unerwarteter Seite zu tun: der Luftunterstützung durch die USA.

Die USA verfolgten seit dem Aufkommen des IS eine klare Eindämmungspolitik, bei der die Kooperation mit lokalen Kräften – irakischen Regierungstruppen, Peshmergas und Guerilla – eine zentrale Rolle spielt. Die Aufwertung der PYD und YPG, deren Zugehörigkeit zur PKK wohl bekannt ist, kann auch als Unmutsäußerung Washingtons der Türkei gegenüber gelesen werden.

Spricht man von Kooperation mit „den Kurden“ muss daher immer präzisiert werden, ob es sich um die PKK oder um die KRG handelt. Die internationale Politik hat darauf insoweit reagiert, als im Jahre 2014 den Peshmergas der KRG umfangreiche Waffenlieferungen geschickt wurden, mit dem expliziten Ziel, diese im Kampf gegen den IS zu ertüchtigen. Anders ausgedrückt: westliche Kurdenpolitik blieb subsidiär zu anderen strategischen Zielen (Kampf gegen den IS) und nahm auf kurdische Aspirationen kaum Rücksicht. Allerdings lässt sich die Bedeutung des kurdischen Faktors nicht mehr leugnen: die Schwäche der Nationalstaaten seit 2003, die jahrzehntelange politische Kooperation westlicher Staaten mit kurdischen Organisationen, sowie die zahlreichen kurdischen und prokurdischen Lobbies in Europa und den USA lassen eine westliche „Kurdenpolitik“ notwendig erscheinen.

Dabei sind europäische und amerikanische Prioritäten zu unterscheiden: aufgrund der geographischen Nähe, der Flüchtlingsproblematik und des laufenden Beitrittsprozesses steht für Europa die Frage der Kurden in der Türkei an erster Stelle; gefolgt von Syrien und vom Irak. Hingegen ist die amerikanische Politik gegenüber den Kurden von Bagdad aus gedacht und konzentriert sich auf die Bekämpfung des IS und das Verhält-

nis zur Türkei. Daraus ergeben sich folgende Ableitungen und Empfehlungen:

1. *Türkei*: Europäische Politiker und Regierungen haben sich immer wieder kritisch zum Status der Kurden in der Türkei geäußert aber wenig Hilfestellung zur Lösung des Problems geleistet, sondern in der Regel einseitig Partei ergriffen (protürkisch oder prokurdisch) und damit die eigene Glaubwürdigkeit unterminiert. Dabei würde es der europäischen und türkischen Öffentlichkeit gegenüber reichen, klare Worte sowohl über die Brutalität der türkischen Sicherheitskräfte als auch über das verantwortungslose Abenteuerertum der PKK/KCK zu finden. Dies würde auch den Stimmen und Argumenten jener Intellektuellen in der Türkei wieder Gehör verschaffen, die aus politischen Gründen mundtot gemacht werden.

2. *Türkei*: einer der Gründe für den Zusammenbruch der Friedensgespräche war die Erkenntnis, dass die beiden Seiten unter „Autonomie“ und „Föderalisierung“ etwas grundsätzlich anderes verstanden – so erwarteten PKK Anhänger die Etablierung eigener Sicherheitskräfte, während die Türken das Niederlegen der Waffen verlangten. Hier müssen zunächst zwei Elemente geklärt werden: das weite Feld der kulturellen Autonomie, welches vor allem den Unterricht in der Muttersprache vorsieht, und die Reform der Sicherheitskräfte. Dies sind zwei grundsätzlich unterschiedliche Prozesse, die von außen angestoßen werden müssen. Dabei gilt es, die schwierige Terminologie vorab zu klären, und die „best practices“ des internationalen Minderheitenschutzes in die Debatte einzuführen. Diese Aufgabe kann, wenn von der Politik unterstützt und gefördert, von akademischer Seite (Institute, Think Tanks) erfüllt werden.

3. *Syrien*: In Bezug auf Syrien haben die USA mit ihrer Unterstützung für die YPG und PYD zum Zwecke der Bekämpfung des IS politische Tatsachen geschaffen und indirekt das Selbstverwaltungsgebiet „Rojava“

anerkannt. Allerdings ohne die syrischen Kurden in eine allfällige Nachkriegsordnung für Syrien eingebunden zu haben. So wurde die PYD bis jetzt auf türkischen Druck hin nicht zu den Friedensgesprächen in Genf eingeladen. Daraus ergibt sich der erste politische Kompromiss, den die internationale Gemeinschaft von den syrischen Kurden verlangen muss, ihre strikte Nicht-Einmischung in die Türkei. Im Gegenzug dafür könnte weitere politische Aufwertung z.B. durch die Anerkennung des „Rojava“ als syrisches Verwaltungsgebiet und Wirtschaftshilfe erfolgen.

4. *Irak*: Die irakischen Kurden haben die längste und intensivste Erfahrung mit der Selbstverwaltung. Bei ihnen sind auch die Hoffnungen auf einen eigenen kurdischen Staat am größten, wessen sich europäische Regierungen und die USA bewusst sein müssen. Schließlich waren sie es, die durch die Aufwertung Erbils die kurdischen Hoffnungen angefeuert haben. Allerdings nehmen die sozialen und gesellschaftlichen Spannungen in der KRG dramatisch zu und bedrohen die fragile Stabilität. Zudem herrscht ein politisches Patt zwischen den Parteien, das politischen Stillstand und demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen zur Folge hat. Im Allgemeinen gilt, dass die Verwaltungsstrukturen der KRG nach wie vor sehr schwach und von den politischen Parteien abhängig sind. Zur Überwindung dieser Schwächen bedarf es einer starken Sicherheitssektor-, Verwaltungs- und Justizreform in der KRG, die realistischer Weise nur von den USA und Europa durchgeführt werden kann.

5. Die genannten Punkte verlangen von Europa und den USA, langfristig eine Intensivierung des politischen und eine Fortsetzung des laufenden militärischen Engagements in der Region – bei ungewissem Ausgang. Denn einerseits lassen sich „die Kurden“ trotz ihrer Uneinigkeit als politischer Faktor nicht mehr ignorieren und andererseits ist Untätigkeit keine politische Option, wie das bisherige Engagement des Westens beweist.

#### **Impressum:**

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:  
Republik Österreich/  
Bundesministerium für  
Landesverteidigung und  
Sport  
Roßauer Lände 1  
1090 Wien

Redaktion:  
Landesverteidigungs-  
akademie Wien  
Institut für Friedens-  
sicherung und Konflikt-  
management  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

Copyright:  
© Republik Österreich/  
Bundesministerium für  
Landesverteidigung und  
Sport / Alle Rechte  
vorbehalten

Periodikum der  
Landesverteidigungs-  
akademie

Juni 2016



IFK Monitor  
Juni 2016

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt  
ausschließlich die Meinung des Autors wieder.